

# Das Super-Budget ist unter Dach

Der Voranschlag für 2017 wurde vom Grossen Rat unverändert abgesegnet

Von Markus Vogt

**Basel.** Ein Überschuss von 143 Millionen Franken in der laufenden Rechnung, ein negativer Finanzierungssaldo von 215 Millionen, eine Steigerung der Nettoschulden um 154 Millionen, Netto-Investitionen von gegen 500 Millionen – das sind die wichtigsten Eckwerte des Budgets 2017. Dazu ein Selbstfinanzierungsgrad von 61 Prozent und eine Nettoschuldenquote, die zwar von 3,9 auf 4,2 Promille steigt, aber weit unter dem zulässigen Wert von 6,5 Promille liegt. Anträge aus dem Plenum hatten angesichts dieser Ausgangslage keine Chance, und die Debattierlust hielt sich ebenfalls in Grenzen. So wurde das Budget schliesslich mit 80:0 genehmigt, also einstimmig.

Ein Novum war, dass die Gerichte ihr Budget gegenüber dem Grossen Rat und der Regierung selber vertraten; das neue Gerichtsorganisationsgesetz gibt den Gerichten die Kompetenz, sich selber zu organisieren, auch in finanziellen Belangen. Deshalb nahm Stephan Wullschleger, vorsitzender Präsident des Appellationsgerichts und Präsident des Gerichtsrates, auf der Regierungsbank Platz. Zu tun bekam er freilich nicht viel, denn nach ein paar Missverständnissen bei der Budgetierung – die Gerichte hatten teilweise falsche Annahmen getroffen, und der Dialog mit dem Finanzdepartement hatte noch nicht richtig gespielt – wurde das Gerichtsbudget um 830 000 Franken gekürzt und diskussionslos genehmigt.

Patrick Hafner (SVP) würdigte als Präsident der Finanzkommission die stabilen finanziellen Verhältnisse. Das einstimmige Ja der Kommission verwunderte angesichts der Zahlen nicht. Doch gelte es, mit den Finanzen weiterhin sorgsam umzugehen.

Regierungsrätin Eva Herzog machte es ebenfalls kurz und bündig – Basel-Stadt werde um dieses ausgezeichnete Budget beneidet. Die guten Rahmenbedingungen gelte es zu erhalten. Sie hoffe



## Grosser Rat

Berichterstattung aus dem Rathaus

auf ein positives Resultat bei der eidgenössischen Abstimmung über die Unternehmenssteuerreform III (USR III) am 12. Februar 2017. Wichtig sei, dass bei dieser Reform auch die Bevölkerung eine Entlastung erfahre, wie dies im Kanton Basel-Stadt geplant sei.

## Grundsätzliches zur Finanzpolitik

Die Fraktionen signalisierten ausnahmslos Zustimmung, wobei auch Grundsätzliches angesprochen wurde. Luca Urgese (FDP) meinte etwa, es sei kurzfristig, sich nun in Sicherheit zu wiegen, denn was die USR III alles bringe, sei noch nicht bekannt. Man dürfe sich angesichts der heutigen tiefen Zinsen nicht dazu verleiten lassen, Schulden anzuhäufen. Der FDP-Präsident wies auch auf die CS-Studie hin,

die am Dienstag veröffentlicht wurde – Basel-Stadt schneide schlecht ab. Wichtig sei, den Mittelstand zu entlasten, was später in der Debatte auch Felix Meier (CVP) forderte.

Heinrich Ueberwasser (SVP) verlangte ein «leistungsfähiges Sozialleitbild»; die Kostensteigerung im Sozialbereich bereite ihm Sorgen.

Beatrix Greuter (SP) bemerkte, ein solches Budget gebe Handlungsspielraum. Sie warnte davor, beim Steuerwettbewerb «den Blödsinn anderer» mitzumachen. Die Gefahr bestehe, dass die Schere zwischen Arm und Reich grösser werde, dass die Umsetzung der Zuwanderungs-Initiative Mehrkosten bescheren werde. Greuter erwartet von der gemeinsamen Spitalgruppe mit Baselland Entlastungen. Schliesslich warte man sehnhlichst auf die angekündigte Museums-Strategie. Mit dieser Forderung blieb sie nicht allein.

Patricia von Falkenstein (LDP) erinnerte daran, dass das gute Budget nicht zuletzt deshalb zustande komme, weil es «unserer Leitbranche» (der Pharma) so gut gehe. Sie vermisste entschlossenes Handeln des Kantons betreffend Krankenkassenprämien.

Kurz zu reden gab dann noch der Zolli. Die Finanzkommission wollte laut Präsident Hafner eine Beitragskürzung des Kantons wieder rückgängig machen. Nach diversen Hinweisen, diese Kürzung um 450 000 Franken sei Teil des letzten Entlastungspakets, wies der Rat den Antrag Hafners mit 62:17 bei sieben Enthaltungen ab.